Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 15 (1935-1936)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

liche Erschließung vorzubereiten. Tsingtau dürste zum Aussuhrhasen Nordschinas ähnlich großzügig wie Dairen ausgebaut und das Gegenstück zu Dairen werden. Die S. M. R. Sesellschaft, das Eastern Travel Bureau und die Far Development Co., alles so gut wie rein japanische Unternehmungen, mögen sie auch viel mandschurisches Rapital einschließen, werden die gewaltigen Pläne für den Zusammenschluß des japanisch-sestländischen Birtschaftsblocks zur Durchsührung bringen. Alls ein Zeichen sür den Fortschritt dieser Pläne erweist sich auch die Nachricht von der baldigen Aussehnung des Ölmonopols auf Nordchina und der Erweiterung der Zuständigsteit des "Manchukuo Dil Monopoly" auf die fünf nordchinesischen Prospinzen.

Im Fernen Osten bereiten sich demnach Umwälzungen vor, deren Bebeutung noch jene der Gründung Manchukuos übertreffen dürfte und die einen vollkommen von Japan beherrschten Wirtschaftsblock mit einem Versbraucherkreis von rund 300 Millionen Menschen schaffen werden. Die Kückswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der weißen Industrievölker lassen sich schon heute mit Besorgnis vorausahnen, sollten die Pläne des unbeirrt seinen Weg gehenden Inselvolkes gelingen.

# Politische Rundschau

# Schweizerische Umschau.

Sinanzprogramm. / Währung.

Seltsam find bie Wege bes hohen Bunbegrates - wenigstens wenn man gewisse parallele Borgange in anderen Staaten zum Bergleich benutt. Im Sommer dieses Jahres war wieder einmal Krise in Frankreich. Nach mehrmaligem Auf und Ab, während bem ein jo nicht aufzuhaltender Golbstrom den Schattammern ber Bank von Frankreich entfloß, betraute man endlich Herrn Laval mit der Ordnung der Staatsfinanzen, und als Waffe wurde ihm das Notverordnungsrecht in die Hand gegeben. Mochte diese Delegierung von Kompetenzen dem Barlament noch so sehr mißfallen — es blieb ihm am Ende nichts anderes übrig. Und fiehe: ber Goldstrom nahm umgekehrte Richtung an. Bas tat Laval? Um nächsten Tage machte er sich an die Arbeit, sanierte die Finangen durch eine im Ausmaß begrenzte, aber immerhin tonsequent burchgeführte Deflationspolitit, baute 10 Prozent der Gehälter, Renten usw. ab, verschonte gar die so heiklen Kriegspensionen nicht, ließ Proteste um Proteste unbeachtet, kummerte sich nicht um unzählige Bersammlungen der naturgemäß unzufriedenen Staatsbeamten, mochten die Drohungen noch so handgreiflich flingen... Protest um Protest wanderte in den Papierkorb und, als ware nie ein Protest, nie eine drohende Geste von Beamten erfolgt, verließ Berordnung um Berordnung das Bureau des Ministerpräsidenten, was in diesem Falle ichon deswegen nicht ganz einfach war, weil die Augenpolitik in jenen Monaten für Frankreich nicht ein einziges fleines Lorbeerblatt übrig hatte, bas ber Bahler irgendwie als sugen Troft auf feine durch den graufamen Abbau berwundete Seele hatte legen konnen. Mißerfolg nach Außen, so unpopulär wie nur möglich im Innern — tropbem unbeirrt. Sunderte von Berordnungen ergingen (wer weiß, ob nicht auch in diesem

Falle weniger mehr gewesen wäre) und mit der Zeit verstummten die Schreier. Nun hatte nach Monaten das Parlament seinen Spruch zu sällen und man mußte gewiß vermuten, daß aus dem Sanierungsgebäude der eine oder andere Stein heraussgebrochen würde, umso eher, als die Wahlen vor der Türe stehen. Nichts von alledem ist geschehen. Einige unwesentliche Anderungen — das Gleichgewicht des Budsgets blieb erhalten. Und die Kammer hat dem angesochtenen Minister sogar noch das Vertrauen zum Dank sür seine unpopulären Maßnahmen ausgesprochen! Es mag dies nun kaum wirkliche Zustimmung zum Ausdruck bringen, sondern vielmehr nichts anderes als Angst, Angst vor dem Ungewissen, das nachher käme, und vor allem Verantwortungssicheu. Mag sein. Möglich auch, daß der Mann in ein paar Tagen über die Frage der Bünde doch noch stürzt und das ganze Werk umsonst war. Trothem bleibt ein persönliches Fazit: Zivilcourage. Dieser Mann hat te Zivilcourage — kein Zweisel. Und die ist heute selten, hauptsächlich in diktatorisch regierten Staaten, aber — leider — auch in anderen. In der ganzen Welt ist sie selten, und vielleicht am seltensten — in Bern.

Ja, auch der schweizerische Bundesrat hat in den Sommertagen ein imperatives Mandat erhalten. Am 2. Juni 1935 nämlich. Gewiß: keine Kompetenz zum Erlaß von einigen hundert Verordnungen, überhaupt kein formelles Mandat, wenn man will, aber, war es beswegen vielleicht weniger imperativ? über eine halbe Million Schweizerburger haben so beutlich wie möglich erklärt, bag sie eine "Sanierung" auf dem immer billigen Bege des geringften Biberftandes ablehnen, daß fie vielmehr die Ordnung ber eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Finangen auf dem Wege der Anpassung in ng wünschen — jener Anpassung an das Niveau des Weltmarktes, die ohnehin einmal kommen muß — entweder rechtzeitig — freiwissig ober zu fpat, im Wege ber Ratastrophe. Gin Drittes gibt es bekanntlich nicht. Konnte jemand aus dem Ergebnis jenes 2. Juni 1935 etwas anderes herauslesen als jenes Mandat? Wohl kaum. Indessen: Bern schwieg. Nichts geschah. Nichts? Natürlich tonnen wir nicht wissen, was in jener heißen Zeit in ben Amtsstuben des Bundeshauses gebrütet wurde — indessen, am Ergebnis gemessen, ist es gewiß nicht übermäßig viel. Der Sommer ging vorüber, und als die Blätter zu fallen begannen, hatte Laval seine Verordnungen im Stall. Und wir? Nichts.

Ich glaube, im Grunde ist dem Bundesrat baraus gar kein so großer Vorwurf zu machen. Ift es nicht tatsächlich echte Schweizer art, die sich da produzierte? Bedächtig, gemütlich - und außerordentlich sicher. "Es wird ich on nichts passieren" — naheliegender Schluß, benn es ist tatsächlich seit hundert Jahren nichts paffiert. Wir haben in dieser Zeit eine ernsthafte Rrise nie erlebt. Wäre es vielleicht bis vor wenigen Jahren jemandem eingefallen, zu bedenken, daß der Franken jemals einen anderen als seinen angestammten Bert haben könnte? Bir kannten keinen Rrieg. Offen gestanden: wir kannten ihn schon, aber von der guten Seite. Bon der Seite derer, die babei etwas verdienen. Währung um Währung um uns brach zusammen, wir halfen, Not und Elend unserer Nachbarlander zu lindern — immer im sicheren Bewußtsein: die armen Leute — aber uns kann so etwas natürlich nicht passieren! Es ist uns schon sehr gut gegangen (und gerade deswegen ware etwas mehr Bescheibenheit am Plat und Zurudhaltung in der pharifäischen Rritif von Ländern, die Schreckliches hinter sich haben). Und beshalb, weil es uns so gut gegangen ist, deshalb wollen wir heute nicht sehen. Oder wenigstens: wir wollten nicht. Und der Bundesrat? Er wollte sehen und er sah. Er fah die zunehmende Berichlechterung der wirtschaftlichen Lage, fah, daß die Arbeitslosigkeit bei uns allein zunahm, wo bereits die ganze übrige Welt Besserung zeigte, fah das ichwindende Bertrauen bes Auslandes, das Abbrödeln der Staatspapiere, bie Steigerung ber Binsfage, bie Bebrohung bes Spothekenmarktes, gewiß: er fah alles. Aber er jagte nichts. Der zu wenig, nicht deutlich genug. Denn, nicht mahr, bas Bolt wollte nicht hören? Wie fag' ich's meinem Rinde?

Und doch hatte das Bolk, wenn auch in Unkenntnis der tatsächlichen Schwere ber Lage, am 2. Juni gesprochen. Weshalb wartete da der Bundesrat? Bielleicht auch mit Rücksicht auf die starke Minderheit — hatte nicht die sozialbemokratische Preffe verkundet, daß auf der Seite der 400,000 die Sieger ftunden, nicht auf der Seite der 500,000! Wir glauben aber, solche Rucksicht sei unrichtig. Sie führt, gewiffermagen, die Demokratie ad absurdum. Wir haben ben Proporz bei Wahlen. Und das ist — trop allen Unzuträglichkeiten — gut so, denn er ist gerecht. Aber ein Proporz bei Abstimmungen ist nun einmal nicht möglich! Die Rede des Volkes ist Ja, Ja — Nein, Nein. Nicht Ja und Nein. Bei knappen Mehrheitsverhältniffen wirkt das etwas stoßend. Aber vielleicht stedt ein tiefer Sinn bahinter. Bum mindesten ift die so geubte Demokratie eine Schule der Disziplin. Weshalb haben wohl die Engländer das an sich ungerechte Majorzverfahren bei Wahlen immer noch behalten und weshalb benten fie nicht an eine Anderung? Im Unterhaus hat die Regierung auf 600 Site eine Mehrheit von 245 Stimmen, mahrend sie 11,8 Millionen Wähler ausweist gegen — 10 Millionen Opposition. Würde es vielleicht herrn Baldwin einfallen, beswegen eine andere als die von ihm als richtig empfundene Politik zu treiben? Es ware dem Landeswohl forderlich gewesen, wenn ber Bundesrat nach diesem Rezept gehandelt hätte. Denn heute muß er es ja boch tun. Aber es ist reichlich spät. Ober war ber Bundesrat vielleicht nicht einig?

Immerhin blieben maßgebende Kreise der schweizerischen Wirtschaft auch in jenen Sommer- und Anfangs Herbst-Monaten nicht müßig. Wir wissen von wiederholten Reisen aller möglichen Leute, die alle im Amtszimmer unseres Finangministers endeten. Herr Meher wurde unter Druck gesetzt. Und bas half. Natürlich war es, nachdem man ohnehin ichon lange gewartet hatte, nun nicht unzweckmäßig, ben Ausgang ber Wahlen auch noch abzuwarten, obwohl bies nach bem 2. Juni eigentlich nicht einmal nötig gewesen wäre. Inzwischen verkündete nun der Bundesrat sein & i nangprogramm II. Der erste der Offentlichkeit bekannt gewordene Entwurf datiert etwa vom 29. Oktober. Er ist indessen bis heute in wesentlichen Bunkten wiederholt abgeändert worden. hier muß man sich fragen, ob die zahlreichen Expertenkonferenzen einen großen Zwed hatten. Uber jeden Bunkt hörte ber Bundesrat die entsprechenden Interessenten, und man hatte manchmal das Gefühl, daß diese Art Ronferengen die Schäben der Berbandswirtschaft eher noch erhöhten. Schließlich kommt ja der gewöhnliche Sterbliche, der zufällig nicht im entsprechenden Sinne "Interessent" ist, auch nicht zu Wort. Das erfreuliche Ergebnis bieser Besprechungen war immerhin das Fallenlassen der Um satsteuer. Sie ist wohl die unpopularste ber indirekten Steuern, weil sie ben handelnden ober auch nur kaufenden Menschen wie sein eigener Schatten verfolgt. Sie grinft ben harmlosen Räufer an, wenn er irgend ein Geschäft betritt, ben Gaft, ber am Sonntag im Lokal seinen Braten verspeist. Zubem war nicht einzusehen, wie die Erhebung einer Umsabsteuer ausgerechnet im Zeitpunkt der Eröffnung einer Deflationsperiode logisch begründet sein könnte. Wo der Staat durch alle möglichen Maßnahmen bemüht ift, Preise und Zinsen zu senken, soweit dies überhaupt in Betracht fommen kann, ist natürlich die Erhebung einer Umsatzteuer als notwendig all = gemein = preisberteuernd nicht am Blag. Die Opposition war denn auch allgemein. So wurde bas Rind, kaum geboren, wieder begraben. Leiber kann nicht gesagt werben, daß der Ersat sehr befriedigend ausgefallen wäre. Das Getreide soll nach dem Borschlag des Bundesrates derart verteuert werden, daß das Brot um 3 Rappen aufschlagen würde. Diese Magnahme erscheint indessen aus einem doppelten Gesichtspunkt nicht am Plat. Neben der ebenfalls allgemein-preisverteuernben Wirkung ift hier zu beachten, daß diese Fiskalmagnahme gerade die Urmen am stärksten treffen muß, und bor allem ist in einer Zeit des Abbaus eine Erhöhung ausgerechnet des Brotpreises aus psichologischen Gründen tunlichst zu vermeiden.

Aber trop der ziemlich allgemeinen Opposition muß doch gesagt werden, daß dieses Finanzprogramm — nehmt alles nur in allem — gar nicht so schlecht ist. Es ist vielleicht ein ganz gutes Zeichen, daß die Opposition diesmal nicht nur von einer Seite kommt, sondern von mehreren Stellen. Dies wird den Bundesrat gewiß in der Führung dieser Angelegenheit, die eben diesmal nicht einfach irgend einer Mehrheit in ben Schof gelegt werden tann, bestärken. Die Grundtendeng bes Programm's ist klar. Es ist ber zweite, bedeutsame Schritt ber Anpassung. Manchem mag gerade diese Tendenz zu wenig ausgeprägt erscheinen. Dasür ist immerhin das Gleichgewicht wieder hergestellt — wenn die Berechnung, wie man befürchten muß, nicht doch zu knapp ist. Inzwischen hat die Rommission des Ständerates bereits einige bedeutsame Anderungen angebracht. Erfreulich ist hier die Herabsetung des Getreidezollzuschlages von 3 auf 1 Franken, wodurch sich die Verteuerung des Brotes im selben Verhältnis, auf einen Rappen, beschränken würde. Als Ersat ist eine Erhöhung ber Tabaksteuer vorgesehen. Im übrigen hat die ständerätliche Kommission bas Berhältnis der Einsparungen zu den Neueinnahmen in erfreulicher Beise zu Lasten der ersten verbessert. Dagegen wurde die Aushebung der Portofreiheit fallen gelassen!

Das weitere Schicksal der Borlage ist unbestimmt. Immerhin hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesett, daß Gile nottut. Es ist zu hoffen, daß ber Ständerat die Borlage in der ersten Sessionzwoche erledigt und die nationalrätliche Kommission in der zweiten Boche zu Ende kommt, damit die Beratung im Plenum des Nationalrates in ber britten Woche stattfinden konnte. Aber bie Stimmungim Rationalrat ist zur Zeit noch wenig Sicheres zu sagen. Sicher scheint zu sein, daß außer der Mehrheit der Freisinnigen die Liberalen, Konservativen, Duttweilerleute für die grundsätliche Deflationspolitik eintreten. Unsicher ist die Haltung ber Bauernpartei, wie wir bereits in unserer Würdigung der Wahlen befürchtet hatten. Die Abspaltung der Jungbauern kann diese Partei dazu führen, Konzessionen nach links zu machen. Und überdies birgt die Bauernpartei eine Anzahl Devalvationsanhänger. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben indessen in ber Frage der landwirtschaftlichen Preisstützung gegenüber den Bauern ein gutes Druckmittel in der Hand. Jedenfalls besteht die Hoffnung, das Programm bis Weihnachten durchzubringen. Angesichts bes erneuten Druckes auf die Währung ist dies bringend wünschbar.

Juzwischen hat nun auch bei uns, in aller Öffentlichkeit, die Diskussion über die Währung begonnen. Bisher hütete man sich ängstlich, das Problem beim Namen zu nennen, doch will uns scheinen, daß die offene Diskussion förderlicher ift, nachdem bereits ber Mann auf ber Strafe bavon fpricht, bag ber Franken "eineweg" nicht zu halten sei. Zweisellos haben wir zahlreiche Anhänger ber Abwertung, mehr als man gemeinhin vermutet (es ist ähnlich wie in Frankreich). Zu nennen ist hier — außer einem Bundesrat — von Prominenten vor allem der freisinnige Nationalrat Schirmer in St. Gallen, ferner alt Bundesrat Schultheß. Daß im letten Grunde auch der schweizerische Bauernsekretär dieser Gruppe nicht fern steht, erscheint uns soweit erklärlich, wie überhaupt die stark verschuldete Bauernschaft wohl am meisten Anhänger dieser Richtung zählen dürste — nur wird sie sich einstweilen nicht zu weit vorwagen dürfen, wenn sie eben vom Parlament die Hoch= haltung der landwirtschaftlichen Preise bestätigt erhalten will. In den Areisen der Lohnempfänger, vor allem in den Gewerkschaften, ift die Stimmung geteilt. Manche hoffen, durch eine Devalvation den Lohnabbau umgehen zu können, ohne dabei an die einer solchen Maßnahme unfehlbar folgende Erhöhung der Preise zu denken. Zahlreich sind die Anhänger der Abwertung vor allem in den Kreisen der Exportindustrie, die wohl auch am meisten von einer solchen Maknahme profitieren würde - aber auch nur anfänglich. Wenn mir fürzlich ein prominenter Bertreter ber Textilindustrie vorrechnete, die Preiserhöhung der Rohstoffe im Falle einer Abwertung könne nicht stark ins Gewicht fallen, indem 3. B. der Baumwollgehalt eines Hemdes nur wenige Prozent betrage, während alles übrige nicht importiert werden muffe, so überfieht eine solche Milchmaddenrechnung gefliffentlich den Anteil des Arbeitslohnes, der bei einer Abwertung und der dadurch bedingten Preissteigerung auf die Dauer gerechnet ebenfalls fteigen mußte. Es icheint, daß, abgesehen von einer furzen Abergangszeit, eine Abwertung uns, als importabhängiges Land, genau wieder bor dieselben Fragen stellen wird, wie borbem, und sie werden genau so ungelöft fein. Das Beifpiel Englands tann nicht zu Gunften einer ichweizerischen Ubwertung angeführt werden, benn England ift ein in seinem Beltreich einheitliches und unabhängiges Wirtschaftsgebiet, während die Rosten ber Lebenshaltung in der Schweiz im Kalle einer Abwertung infolge des überwiegenden Einfuhrbedarfes wohl im selben Berhältnis steigen mußten, das ber Abwertung zu Grunde liegt. Und außerdem ift festzuhalten, daß die Abwertung Englands und der U. S. A. in einer Zeit sinkender Weltmarktpreise ersolgte, wodurch die Tendenz zu Preissteigerungen infolge der Abwertung in einem großen Umfange aufgefangen wurde. Heute aber verfolgen die Weltmarktpreise in der Hauptsache steigende Richtung, was wir bereits heute am Inder der schweizerischen Lebenstoften erkennen können. Werten wir ab, jo wird fich zu ber "normalen" Steigerung noch bie konjunkturmäßige Steigerung der Weltmarktpreise gesellen, sodaß das Ergebnis voraussichtlich äußerst ungunftig ware. So ober fo: es bleibt nur die Anpassung an den Weltmarkt. Heute ist fie bereits leichter, als noch vor einem Jahr, da inzwischen das Weltmarktpreisniveau jich gehoben und bamit bem unseren um ein weniges angenähert hat. Unpassung nach erfolgter Abwertung - benn burch diese werden wir jene nicht erreichen ist aber genau so schwer wie vordem und dazu kommt die Erschütterung bes inneren Staatskredits, die eine Abwertung automatisch nach sich ziehen mußte. Ubrigens brauchen wir nur an bas Beifpiel Belgiens zu benten, das im letten Frühjahr um m. W. 28 Prozent abgewertet hat. Der Inder der Rleinhandelspreise ist dort von 621 am 15. März auf 684 am 15. Oktober 1935 gestiegen, also um 10 Prozent. Doch ist dieser Index insofern unzuverlässig, als bei diesem Verfahren alle Waren, ohne Rücksicht auf ihre verschiedene Bedeutung für ben haushalt, als gleichwertig betrachtet werden. Betrachtet man indeffen die Entwicklung einiger besonders wichtiger Preise, so ergibt sich u. a., daß bei einer Abwertung von 28 Prozent Brot und Butter um 33 Prozent, Schweinefleisch um 27 Prozent, Ronserven um 40 Prozent gestiegen sind! Bestigia terrent!

In diesem Zusammenhang möchten wir auf ein interessantes Büchlein hinsweisen, das Prof. Eugen Großmann unter dem Titel: "Das Jrrlicht der Währung sabwertung" dieser Tage herausgegeben hat\*) und in dem die Vor- und Nachteile der Abwertung für die Schweiz abgewogen sind, wobei zum Schluß die Waage deutlich auf die negative Seite neigt. Insbesondere wird in dem Büchlein auch der Lohnempfänger vor der verhängnisvollen Illusion eines "talten" Lohnabbaues gewarnt. Nicht zu Unrecht bemerkt der Verfasser, daß, abgesehen von den erwähnten materiellen Hindernissen, die sich insolge der besonderen Lage der Schweiz als Importland einem Erfolg der Abwertung entgegenstellen würden, die Mentalität unsert von einer Kriegstage, wo die Bevölkerung in einigen Städten sosort von einer bemerkenswerten Panik ergrissen wurde und ein Hamstern einsetze, das an sich, gemessen an der tatsächlichen Lage, unbegründet war. Die Vermutung des Versasser, daß wir im Falle der Abwertung voraussichtlich dieselbe Erfahrung machen würden, ist nicht ohne weiteres als unbegründet abzulehnen. Damit aber

<sup>\*)</sup> Prof. Dr. Eugen Großmann: Das Jrrlicht ber Währungsabwertung. Ber- lag Schultheß & Cie., Zürich, 1935.

würde sich eine rasch erfolgende tatsächliche Verknappung der Vorräte ergeben, wodurch die Preise, ganz abgesehen von den berührten, in unserer besonderen Lage bedingten Ursachen, eine sofortige, erhebliche Steigerung ersahren würden, der zu begegnen staatliche Eingriffe, wie man aus zahlreichen Beispielen weiß, nicht in der Lage wären.

Noch ist es nicht zu spät. Ein Blick in die ausländische Handelspresse bestätigt, daß das Ausland die technische Lage unserer Währung trot dem Einbruch vom März dis Juni dieses Jahres nach wie vor als unerschüttert betrachtet. Und daß auch aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftslage der Schweiz irgend ein ernste licher Zwang zur Abwertung nicht gegeben ist und im Ausland auch nicht angenommen wird, mag unter anderem die Beobachtung beweisen, daß, trot der augensblicklichen Anspannung auf dem Devisenmarkt, die den Franken wieder einmal dis zum Goldaussuhrpunkt hinuntertrieb, die Terminsähe für Franken durchaus ruhig und ohne jede wesentliche Anspannung blieben.

An den Männern in Bern ist es nun, die Folgerungen zu ziehen. Möchten sie alle den Ernst der Stunde erkennen. Sind einmal erst die Bundessinanzen im Gleichsgewicht, so werden auch die Kantone und Kommunen nicht zögern können — die Beruhigung könnte dann, angesichts der immer noch nicht unrettbaren Lage, nicht auf sich warten lassen. Zweimal hat das Schweizervolk ein eindeutiges Botum absgegeben. Es erwartet mit Recht, daß seine Stimme endlich gehört werde. So mögen denn die Männer, die dieser Tage in Bern sich versammeln, das Gebot der Stunde erkennen und dem Volke das wiedergeden, was mehr wert ist als alle Schäte des Goldes, die in den Kellern unserer Nationalbank lagern: das Vertrauen.

Bürich, den 30. November 1935.

Jann v. Sprecher.

# Zur politischen Lage.

## England und Italien. / Die beiden Dritten: Frankreich und Deutschland.

Mit dem 14. November hat die konservative Regierung in England sich für einige Jahre wieder sest in den Sattel gesett. Sie hat es verstanden, die in Engsland regelmäßig sich vollziehende Abnutung der Regierungspartei auf dem Wege über die Außenpolitik weitgehend aufzuheben und durch Wahlen im entscheidenden Augenblick ihre Herrschaft auf Jahre hinaus zu verlängern. Damit ist nun die Bahn für die ungestörte Fortsetzung der bisherigen englischen Politik auf längere Sicht hin frei. Es hat sich so vor unsern Augen im parlamentarisch regierten Engsland ein bezeichnendes Stück altenglischer Staatssund Regierungskunst vollzogen.

Die stärkste unmittelbare Auswirkung wird die innenpolitische Entscheidung in England voraussichtlich im Konflitt mit Stalien finden. Die konservative Regierung wird zweifellos ihren Weg der Sicherung des Lebensstranges des englischen Weltreiches nun unbeirrbar und folgerichtig weiter beschreiten. Sie wird die seit bem Frühjahr feststehende englische überzeugung, daß eine wesentliche Machtstellung ber Italiener in Abefiniien für England untragbar sei, langsam, aber sicher aller Belt beutlich machen. Schon in nächster Zeit wird man an die Verschärfung der Sanktionen durch ihre Ausdehnung auf Guter, die für bie italienische Kriegführung lebenswichtig sind, herangehen und gleichzeitig die wirkliche Durchführung der beschlossenen Sanktionen durch stärksten Druck der englischen Diplomatie auf die verschiedenen Bölkerbundsstaaten zu erreichen suchen. Bezeichnend sind dafür die Noten Englands an die Länder in Europa, die nur halbe oder gar keine Sanktionen durchführen. So wird man ben Ring um Italien enger ichnuren und bann einstweilen abwarten, wie sich biese Rur auswirken wird. Gleichlaufend bamit forgt man für die möglichste Verbesserung der abessinischen Ruftung und sieht nun einmal auch hier zu, was die Italiener eigentlich herausholen. Im Hintergrund aber steht inzwischen die eigene Macht, beren Stellung sich von Monat zu Monat sestigt. Die Besestigungen an allen Küstenpunkten kommen in Ordnung, der Truppenausmarsch wird in Ostasrika, in Aben, in Palästina und Agypten, auf Zhpern, Malta und Gibraltar zu Ende geführt. So wird Englands Stellung stets und rasch günstiger.

Im gleichen Ausmaße aber wird die Lage Mussolinis ungünstiger. In Ostafrita frift ber Rrieg immer neue italienische Rrafte an Menschen und Material auf. Dabei ift vorläufig bas Rlima und bie Lanbesnatur ber eigentliche Gegner, der bekämpft werden muß. Wie wird das erst herauskommen, wenn sich die Abessinier zum Kampfe stellen? Das wird man sich heute auch in Rom fragen und beshalb treibt man zur Entscheibung. Denn barüber ist man sich wohl auch in Rom flar, daß trog der hilfe Ofterreichs und Ungarns, trog ber in ununterbrochener Reihe aus Deutschland anrollenden Rohlenzuge die wirtschaftliche Lage bes Landes in Absat und Berforgung auf die Dauer einem über ben ichonen Ummeg über ben Bölkerbund geleiteten englischen Birtichaftskriege burchaus nicht gewachsen ift, am wenigsten bei einer Berlängerung und ernsthaften Gestaltung bes Feldzuges in Abessinien. Gegen England aber ernstlich vorzugehen und damit ben würgenden Ring zu fprengen, bagu fehlen heute wohl bereits bie Möglichkeiten. Gin Bandstreich vor ber Beendigung ber militärischen Borkehren Englands hatte wohl zu einigen Erfolgen führen tonnen. Beute ift es dazu zu fpat. Wenn England wirtlich einmal am Suezkanal den Berkehr für Italien sperrt, dann ist der Feldzug in Oftafrika in kurzester Zeit für Italien ein Zusammenbruch. So steht Italien bor einer biplomatisch, militärisch und wirtschaftlich bereits völlig verfahrenen ober boch ftark gefährbeten Lage.

Wo wird hier der Ausweg zu finden sein? Wenn England es will, nur in einer völligen Kapitulation! Eine solche aber müßte für Jtalien auch die schwersten innerpolitischen Folgen haben. Diese Lösung wird Frankreich mit allen Mitteln zu verhindern suchen, um die Ausschaltung des italienischen Mitspielers vom europäischen Schachbrett zu vermeiden. Ob aber England heute noch die Hand dazu bieten wird? Das ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Aber nach den Erfahrungen, die England jest mit der italienischen Hemmungslosigkeit machen mußte, wird man in London wenig geneigt sein, die Italiener glimpslich davon kommen zu lassen, um sie bei nächster Gelegenheit das gleiche Spiel wieder beginnen zu sehen.

Dagegen spricht vor allem die Tatsache, daß England bemüht sein muß, in absehdarer Zeit die Hände wieder völlig frei zu bekommen. Es hat sich ja gezeigt, daß die Japaner sosort die Festlegung der Briten im Mittelmeer dazu benütt haben, um in China wieder weiter vorzustoßen. Dabei droht wiederum ein Stück engslischer Wirtschaftsstellung im fernen Osten zu Grunde zu gehen und es geschieht ein neuer Schritt zur Zusammenballung der unendlichen gelben Menschenmassen unter eine einheitliche und zielbewußte politische, wirtschaftliche und militärische Führung. Dem kann Großbritannien auf die Dauer nicht einfach zusehen. Desswegen muß das italienische Abenteuer gründlich liquidiert werden und zwar, wenn nicht alles täuscht, in verhältnismäßig naher Zeit!

Das alles läßt uns für die nächste Zeit ziemlich dramatische Geschehnisse er-

\* \* \*

Unerfreulich, in höchstem Maße unerfreulich ist diese ganze Lage für Frankreich. Seit Monaten wird es von England geschoben und manövriert, ohne den
eigenen Willen noch zur Geltung bringen zu können. Laval hat Mussolini zu
seinem Borgehen freie Hand gegeben und Laval muß nun im Schlepptau Englands
gegen Mussolini vorgehen. Dabei kommt aber nicht nur die französische Mittelmeerpolitik zu kurz, sondern die Fäden nach dem nahen Osten werden hie und da
locker. In wirklich erstaunlich kurzer Zeit hat so Herr Laval das Erbe Barthous
erledigt; sein Nachsolger wird Mühe haben, es wieder einzurenken! Und inzwischen

wird wahrlich die innere Lage Frankreichs nicht rosiger. Immer von neuem müssen die Staatsstinanzen saniert werden und immer von neuem steht man vor einem Loch. Durch die harten Sparmaßnahmen aber wird die Unruhe in den betrossenen Massen größer und größer. Die innerpolitischen Gegensätze werden ständig schärfer. Auch die aalglatte Gewandtheit so gänzlich grundsatzloser Berufspolitiser wie Laval kann da auf die Dauer nicht helsen. So steht Frankreich vor schwerwiegenden Entschlüssen, innenpolitisch und außenpolitisch.

Ein völlig anderes Bild bietet dem gegenüber Deutschland. Ihm ift ber ganze Borftog Muffolinis zum Gludsfall geworden. Durch den vor zwei Jahren gefaßten Entschluß Sitlers zum Austritt aus dem Bolterbund ift ihm heute eine ähnliche Zwidmuhle wie die, in ber Frankreich stedt, erspart geblieben. Es steht außerhalb bes gangen Streites und freut fich barüber. Stalien gegenüber hat es nach alle bem, mas feit bem Sommer 1934 gegangen ift, nicht mehr bie geringfte Berpflichtung. Roch ift ja in frischer Erinnerung, wie Muffolini fich jum Mittelpunkte einer neuen Ginkreisung Deutschlands machen wollte und wie icharf bie Italiener überall Stimmung gegen Deutschland machten. Ihre Preffe führte bamals dieselbe Sprache gegenüber ben Deutschen wie heute gegenüber ben Englanbern und vorgestern gegenüber den Franzosen. Solche Tatsachen erlauben es heute Deutschland, dem Abenteuer Mussolinis in aller Ruhe zuzusehen und höchstens gewisse Vorteile für seine "Devisenbewirtschaftung" baraus zu ziehen. Auf ber andern Seite stehen die Engländer, mit denen man sich im Mai bereits im Schatten Abessiniens über die Flottenrüstungen geeinigt hat. Ihnen gegenüber gibt man sich alle Mühe, eine freundliche und forrette Reutralität aufrecht zu erhalten. Im Schube dieser Neutralität nach allen Seiten hin betreibt man die Neuschaffung der beutschen Wehrmacht und empfindet es eben als einen Glücksfall, daß die ganze abessinische Angelegenheit die allgemeine Aufmerksamkeit von der deutschen Aufruftung abgelenkt hat. Nach bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Planen, mit eiserner Energie und unter Einsatz der gesamten Mittel des Staates und des Volkes wird diese Schöpfung der neuen Wehrmacht durchgeführt. Ihr zuliebe wahrt man außenpolitisch peinlichst Ruhe, übersieht selbst so offensichtliche Herausforderungen wie diejenigen im Memelgebiet und legt der deutschen Presse die Pflicht zu größter Burudhaltung auf. Dem Betätigungsbrang ber eigenen Leute hat man bafür innerhalb der Grenzen gemisse Bentile geöffnet, sodaß er sich hier gründlich austoben kann. Dabei bleibt es allerdings sehr fraglich, ob nicht baburch — man benke an die gange Judenpolitik — auch wieder fehr viel außenpolitisches Porzellan mutwillig zerschlagen wird.

Unter solchen Umständen sind die immer wieder auftretenden Meldungen von deutschen Angrissplänen gegen Litauen, gegen die Bolschewiken, gegen die Tschechosslowakei und gegen Österreich durchaus unglaubwürdig. Sie entstammen alse jenen Duelsen, denen die heutige Ruhe um Deutschalnd einsach unerträglich ist. Es ist ja auch begreislich, daß die Emigrantenpresse sehr ungehalten ist, da ihr heute wenig Leute mehr Ausmerksamkeit schenken. So setz sie denn die tollsten Gerüchte in die Welt, um wieder von dem bösen Deutschland reden zu machen. Es ist aber nicht gerade gesagt, daß die Schweizer Presse diesen Phantasieerzeugnissen aufsitzen muß und sie noch entsprechend aufzublähen braucht. Alledem gegenüber darf mit erheblicher Sicherheit angenommen werden, daß Deutschland sich weiterhin ruhig abwartend verhalten wird.

Marau, den 27. November 1935.